

Die Bochumer Studenten-Union (BSU) ist der Auffassung, daß es heute für die Hochschulen in NRW nichts Wichtigeres als den Kampf gegen den Hochschulgesetz-entwurf der Landesregierung, gibt.

Kontrapunkt - information nr. 1

Bochum, Juni 69

Lugbuch

Kultusminister Holthoff kehrte vor seiner Krankheit von einer Vortragsreise durch die DDR zurück. Sein Thema: Wie schalte ich das Bildungswesen am effektivsten gleich.

Die Spitzen von CDU und SPD trafen sich an einem geheimen Ort, um für den kommenden Wahlkampf die gegensätzlichen Meinungen zu erarbeiten.

Prof. Papalekas regte beim Kultusministerium an, zur Lösung des Hochschulproblems bei der deutschen Stahlindustrie große Raubtierkäfige in Auftrag zu geben.

KuMi Huber (Bayern) hält nach Einführung des neuen Ordnungsrechts die Vorbeugehaft nicht mehr für notwendig.

511926



1969 - Jahr der Abschaffung

des Ordinariatsystems?

Als erster Staatskommissar für die RUB - spricht Präsident - wurde Burghard Schneider (SHB) von der Regierung Kühn ins Auge gefaßt.

Einem on-dit zufolge soll der RCDs doch mehr als zwei aktive Mitglieder haben.

Prof. Kesting will im WS mit finanzieller Unterstützung von führenden Großindustriellen und in Zusammenarbeit mit dem Planungstab des Rektors ein Seminar über die Zerschlagung renitenter Hochschulguppen abhalten.

Die mit den Abfällen des Mensaeassens gemästeten Schweine erwiesen sich als ausgesprochen kurzlebig.

Durch Indiskretion wurde bekannt, daß Titan Holtgreve (HSU) doch nicht die gesamte Mao-Bibel auswendig kann.

KAMPF DEM HOCHSCHULGESETZ

Jahrelang haben die Universitäten ihr Unvermögen gezeigt, sich selbst zu reformieren, von der überkommenen Ordinarienhierarchie zu einer modernen, demokratisch strukturierten Universität zu kommen. Da verkündete Ministerpräsident Kühn, nun wolle er das NRW-Hochschulwesen auf Schwung bringen und das fortschrittlichste Hochschulgesetz vorlegen.

Der "Fortschritt" kam in Etappen. Am 6. November 68 legte Kühns für Kultus zuständiger Adlatus Holthoff seinen ersten Entwurf auf den Tisch, am 13. des gleichen Monats den zweiten und am 11. März dieses Jahres seinen dritten.

Der Anspruch des "Fortschritts" stützt sich auf:

- stärkere Mitbeteiligung der Studenten (Parität im kompetenzlosen Konzil);
- Kontaktstudium und Studienberatung als künftige Aufgaben der Universität;
- Beseitigung des Negativkatalogs;
- Öffentlichkeit der Prüfungen;
- Anerkennung der Gruppenarbeit als Prüfungsleistung;
- Ausschreibungspflicht bei Berufungen;
- Befreiung von Studiengebühren;

Das sind des Teufels prächtige Kleider. Bei einer genaueren Analyse aber zeigt sich das wahre Bild der Holthoffschen "Reformen":

1. Universität als Befehlsempfänger der Kultusbürokratie

Holthoff hier, Holthoff da, sagt Holthoff. Fleisch und Blut dieses "gesunden" Grundgedankens sind:

- a) Eingriffsrechte des Kultusministers in die Hochschule
- Hineinregieren des KuMi in die Universität im Rahmen seiner besonderen Aufsicht;
 - Errichtung, Änderung, Zusammenlegung und Auflösung von Fachbereichen;
 - Anordnung von Zulassungsbeschränkungen;

- Bestimmung der Gliederung des Studienjahres;
- Erlaß von Verwaltungsvorschriften

b) Holthoffs verlängerter Arm: Der Präsident

- Langjährige Amtszeit mit Wiederwahlmöglichkeit;
- keine Abwahlmöglichkeit;
- Eingriffsrechte des Präsidenten in die übrigen Hochschulorgane;
- unumschränkter Herrscher über den Geldhahn;

2. Effektivitätssteigerung unter Verlust der Kritikfähigkeit

Drei Mittel sollen sicherstellen, daß die Universität "effektiv" arbeitet: Numerus Clausus, Zwangsexmatrikulation und weitgehende Festlegung des Studiums auf vorgeschriebene Studiengänge.

Nicht die Kritikfähigkeit der Wissenschaft und des an der Universität Ausgebildeten schwebt dem NRW-Entwurf vor, sondern die Steigerung des Ausstoßes an Fachkräften mit technischem Berufswissen. Das kritische Handlungswissen paßt in dieses Schema nicht hinein, denn Kritik und Konflikte sind offensichtlich unerwünscht, wie es sich in der Behandlung der Studenten zeigt:

3. Atomisierung der studentischen Interessenvertretung

Je größer die studentische Beteiligung in einem Gremium, desto geringer sind dessen Kompetenzen. Doch Holthoff ist es nicht genug, daß die studentische Beteiligung gering ist, er ist zudem auf die geniale Idee verfallen, die Studentenvertreter von Professoren aussuchen zu lassen. Künftig wählen nicht mehr die Studenten die Studentenvertreter sondern die Professoren ihre Jünger

Um Originalität seitens der Studenten in Zukunft mit Sicherheit auszuschließen, ergänzt Holthoff sein Pazifizierungsprogramm mit der Abschaffung der Studentenschaft. In Zukunft gibt es keine zentrale studentische Koordinationsstelle für die in über 20 verschiedenen Fachbereichen isoliert voneinander

operierenden Studentenvertreter. Die Zerschlagung der studentischen Interessenvertretung ist erreicht.

Nach diesem Teufelsstriptease steht Holthoff bar jeder Fortschrittlichkeit in seinem Schulmeisterhemdchen. Anstatt die Heiligen Kühe der Ordinarienuniversität restlos zu schlachten, spazieren nunmehr eutenschwache Holthoff-Kühe auf der Uni-Weide. An die Stelle der Ordinarienhierarchie tritt nicht eine neue, ihre kritische Funktion ausübende demokratische Universität, sondern eine dem Staat eingepaßte, auf Effektivität der reinen Ausbildung abzielende Hochschule. Holthoff führt die Hochschulen nur vom Regen in die Traufe.

Deshalb lehnt die BSU den vorliegenden Holthoff-Entwurf in seiner Grundkonzeption ab und hat zusammen mit allen fortschrittlichen Kräften der Studenten-, Assistenten- und Professorenschaft den Kampf gegen diesen Gesetzentwurf aufgenommen.

überflüssig

Auch in Bochum sind nun leider die Vokabeln gefallen, die eine Verwilderung des Denkens anzeigen, der die Studentenschaft der RUB schleunigst eine drastische Abfuhr erteilen sollte.

Genosse Henkel vom SDS prägte auf der Diskussion zwischen vds und IDS am 21.5. den entlarvenden Satz: "Die Herren Ehmann und Läßle sind überflüssig!" Die Frage an Herrn Henkel, woher er die elitäre, zynische Arroganz nimmt, Kommilitonen die Existenzberechtigung abzusprechen, ist wohl sinnlos. Seine Heilslehre wird ihn auch das noch rechtfertigen lassen.

Dieser Satz und die dahinterstehende Meinung sind allerdings eine Kampfansage an alle liberalen Studenten. Sie werden mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern wissen, daß Henkel und Genossen auch noch vorgeben können, für die Studentenschaft zu sprechen!

FORMIERT - DEFORMIERT

Die "Formierte Gesellschaft", Kanzler Erhards Leitidee zur politischen und ideologischen Aufzehrung des Sozialismus, ist auf den ersten Blick dorthin geraten, wohin sie gehört: in die Rumpelkammer.

Der zweite, genauere Blick weckt allerdings den Verdacht, daß die Sache selbst weiterhin fröhliche Urständ feiert. Sind große Koalition, Konzertierte Aktion, kooperativer Föderalismus, Aufschwung nach Maß nicht Symptome für das gleiche Denken in Stabilitäts- und Harmoniekategorien?

Die SPD, deren Vertreter gegen die "deformierte Gesellschaft" agitierten und ihr die "mündige Gesellschaft" entgegensetzten, wurde inzwischen zu Teilen zum relevanten Faktor im Formierungsprozeß; Kritik von unten, Kontrolle durch das Volk, politischer Kampf ist auch bei ihr unerwünscht. Weil der SHB dem Vorstand nicht ins wahltaktische Konzept paßt, werden ihm die Gelder gesperrt. Die politische Auseinandersetzung wird durch wirtschaftliche und administrative Zwangsmaßnahmen ersetzt.

"Schorsch" Lebers Töne gegen Intellektuelle unterscheiden sich kaum noch von Kiesingers Anwürfen gegen "ultralinke Literaten". Die konzertierten Appelle zu Gemeinsamkeit, Effektivität, Harmonisierung und ungefragter Anerkennung der Autorität überwiegen die Forderung nach endlicher inhaltlicher Ausfüllung des demokratischen und sozialen Rechtsstaates, den das Grundgesetz vor 20 Jahren in Auftrag gab.

Verdirbt die Macht unweigerlich den Geist, so daß selbst ein Dahrendorf oder Graß nur Hoffnungen für Illusionisten sind? Kann ein Bundespräsident Heinemann nur eine "Verschleierungsfunktion" haben, wie Ulrike Marie Meinhoff in "konkret" meinte?

Trübe Aussichten, aber auch Chancen. Sie zu nutzen dürfte schwer sein. In jedem Falle schwerer, als sich in Ideologien zu flüchten, zu deren Verwirklichung hierzulande jegliche

KAMPF DEM HOCHSCHULGESETZ

Jahrelang haben die Universitäten ihr Unvermögen gezeigt, sich selbst zu reformieren, von der überkommenen Ordinarienhierarchie zu einer modernen, demokratisch strukturierten Universität zu kommen. Da verkündete Ministerpräsident Kühn, nun wolle er das NRW-Hochschulwesen auf Schwung bringen und das fortschrittlichste Hochschulgesetz vorlegen.

Der "Fortschritt" kam in Etappen. Am 6. November 68 legte Kühns für Kultus zuständiger Adlatus Holthoff seinen ersten Entwurf auf den Tisch, am 13. des gleichen Monats den zweiten und am 11. März dieses Jahres seinen dritten.

Der Anspruch des "Fortschritts" stützt sich auf:

- stärkere Mitbeteiligung der Studenten (Parität im kompetenzlosen Konzil);
- Kontaktstudium und Studienberatung als künftige Aufgaben der Universität;
- Beseitigung des Negativkatalogs;
- Öffentlichkeit der Prüfungen;
- Anerkennung der Gruppenarbeit als Prüfungsleistung;
- Ausschreibungspflicht bei Berufungen;
- Befreiung von Studiengebühren;

Das sind des Teufels prächtige Kleider. Bei einer genaueren Analyse aber zeigt sich das wahre Bild der Holthoff'schen "Reformen":

1. Universität als Befehlsempfänger der Kultusbürokratie

Holthoff hier, Holthoff da, sagt Holthoff. Fleisch und Blut dieses "gesunden" Grundgedankens sind:

- a) Eingriffsrechte des Kultusministers in die Hochschule
- Hineinregieren des KuMi in die Universität im Rahmen seiner besonderen Aufsicht;
 - Errichtung, Änderung, Zusammenlegung und Auflösung von Fachbereichen;
 - Anordnung von Zulassungsbeschränkungen;

- Bestimmung der Gliederung des Studienjahres;
- Erlass von Verwaltungsvorschriften;

b) Holthoffs verlängerter Arm: Der Präsident

- Langjährige Amtszeit mit Wiederwahlmöglichkeit;
- keine Abwahlmöglichkeit;
- Eingriffsrechte des Präsidenten in die übrigen Hochschulorgane;
- unumschränkter Herrscher über den Geldhahn;

2. Effektivitätssteigerung unter Verlust der Kritikfähigkeit

Drei Mittel sollen sicherstellen, daß die Universität "effektiv" arbeitet: Numerus Clausus, Zwangsexmatrikulation und weitgehende Festlegung des Studiums auf vorgeschriebene Studiengänge.

Nicht die Kritikfähigkeit der Wissenschaft und des an der Universität Ausgebildeten schwebt dem NRW-Entwurf vor, sondern die Steigerung des Ausstoßes an Fachkräften mit technischem Berufswissen. Das kritische Handlungswissen paßt in dieses Schema nicht hinein, denn Kritik und Konflikte sind offensichtlich unerwünscht, wie es sich in der Behandlung der Studenten zeigt:

3. Atomisierung der studentischen Interessenvertretung

Je größer die studentische Beteiligung in einem Gremium, desto geringer sind dessen Kompetenzen. Doch Holthoff ist es nicht genug, daß die studentische Beteiligung gering ist, er ist zudem auf die geniale Idee verfallen, die Studentenvertreter von Professoren aussuchen zu lassen. Künftig wählen nicht mehr die Studenten die Studentenvertreter, sondern die Professoren ihre Jünger

Um Originalität seitens der Studenten in Zukunft mit Sicherheit auszuschließen, ergänzt Holthoff sein Pazifizierungsprogramm mit der Abschaffung der Studentenschaft. In Zukunft gibt es keine zentrale studentische Koordinationsstelle für die in über 20 verschiedenen Fachbereichen isoliert voneinander

politische, ökonomische, soziale und bewußtseinsmäßige Voraussetzung fehlt; deren radikales und handgreiflich-vehementes Betreiben aber gewisse Teile der ApO in dem, was sie erreichen, zu einem "Verein der Freunde und Förderer des Rechtsradikalismus" werden läßt.

ORDENTLICH UND VERNÜNFTIG

Was ordentlich und vernünftig ist, lege ICH fest.

An MEINEM Institut bestimme ICH, was gelernt wird. Was die Studenten wollen, interessiert MICH überhaupt nicht. Wenn Ihnen das nicht paßt, dann hauen Sie doch hier ab und gehen Sie woanders hin. An MEINEM Institut jedenfalls bestimme ICH, was gemacht wird.

Ihr Aussehen ist MIR widerwärtig, ICH will Sie in MEINEM Seminar nicht sehen. ICH bestimme ganz allein, wer an MEINEN Seminaren teilnimmt und wer nicht.

ICH kann mich mit einem Bartträger nicht an einen Tisch setzen, da MIR dabei physisch schlecht wird. Es ist MIR unmöglich, in Ihrer Gegenwart einen Bissen herunterzubekommen; dann muß ICH kotzen.

Derartig unnormal aussehende Studenten gehören überhaupt nicht auf die Universität.

Ansonsten ist MIR völlig gleichgültig, ob jemand Kommunist oder sonstwas ist. Wer aber einen Bart trägt, der identifiziert sich bewußt mit den Leuten da unten, die alles kaputtschlagen und in das Rektorat scheißen, und derartige Leute will ICH in MEINEM Institut nicht haben.

Wenn jemand ordentlich ist und mit vernünftigen Vorschlägen zu MIR kommt, dann kann er auch bei MIR viel erreichen.

Zitate des Direktors des Geographischen Instituts an der Marburger Universität, Professor Carl Schott, während verschiedener Lehrveranstaltungen.

EIN KLEINER GIFTPILZ NAMENS NHB

(v.M.) Endlich ist auch Bochum so weit, die rechte Opposition ist erwacht. Sie meldet sich als "organisierter Protest" gegen die "Kommunisten" im AStA und die "angepaßte Opposition" BSU und FHV. Von Thaddeus Erweckte sagen "NEIN" !

Wie weiland ist die Welt so einfach. Man braucht nur "NEIN" zu sagen, gegen "Kommunisten" und "System". Differenzierendes Denken war für Deutschlands Rechtsradikal schon stets zu intellektuell. Da paradierte man lieber, "die Reihen fest geschlossen", als "organisierter Protest" bis "alles in Scherbe fällt".

Auf dem morastigen Dunge des Immer-noch-nicht-dazu-Gelernthabens wächst dieses Pflänzchen, das sich nun anschickt, seine Umgebung zu vergiften. Der Gott, der Eisen wachsen läßt, sei mit dem NHB e.V. nur nicht die Studentenschaft der Ruhr-Universität!



DAHINTER STECKT
IMMER EIN RECHTER
SCHÄDEL

BSU

"HOCHSCHULREFORM", ein Schlagwort, das zum Deckmantel für diese und jene Absicht pervertierte - dies zeigt sich am deutlichsten daran, daß dieser Begriff, einst Kampfruf des SDS für die Emanzipation der Hochschule von der Ordinarienherrschaft, heute gerade von Ministern und Abgeordneten benutzt wird, wenn sie gegen "linksradi-kale" Studenten zu Felde ziehen. "Hochschulreform ist vielen zur Leerformel geworden; der eigentliche Sinn dieses Wortes ist in Gefahr, dabei verloren zu gehen.

Das Verhältnis der "linken" Studentengruppen zur Hochschulreform hat sich stark gewandelt. Mindestens der SDS und seine Ableger lehnen heute ihre früher geforderten Reformen mit einer scheinrevolutionären Ideologie ab. Eine klare Darstellung dieses Sachverhaltes verdanken wir der weiland ASTA-Vorsitzenden an der FU Berlin Sigrid Fronius: "Der Staat komme uns nur ja nicht mit einer wirklichen Hochschulreform zuvor, da sonst unsere politische Argumentation wirkungsloser wird!" Und das SDS-Bundesseminar zur Hochschulpolitik in Heidelberg stellte in einem Papier, das nur durch die Organisationsmisere des Verbandes an die Öffentlichkeit gelangte, im Oktober vorigen Jahres deutlich fest: "Es besteht die Gefahr, auf die jetzt durchaus in Gang gekommenen Reformen hereinzufallen!" Hier handelt der SDS keineswegs unlogisch, sondern höchst konsequent. Reformen, die ein gegebenes System verbessern, Übel beseitigen, nicht aber das System selbst, dienen gerade dazu das System zu stabilisieren. Hier wird transparent, was nur selten offen gesagt wird, meist aber kaschiert wird: Die linksextremen Gruppen (keineswegs pejorativ gemeint, sondern das eigene Selbstverständnis ausdrückend) wollen heute keine Reform mehr, weil sie dem angestrebten Ziel der Revolution als totalem Abschaffen des

entgegensteht. Krasser gesagt: Der SDS hat den Zynismus, die heutige Studentengeneration einer äußerst vagen Eschatologie opfern zu wollen.

Zur Erläuterung soll die Diskussion um die Drittelparität dienen. Diese Forderung, konzipiert als Kampfinstrument gegen das System, wurde vom SDS in dem Augenblick über Bord geworfen, als sich zeigte, daß diese eher dazu führt, eine sachliche Diskussion der Gruppen untereinander zu erzwingen, nicht jedoch zum Kampf der Gruppen um Herrschaftsansprüche. Folglich wird die heute wohl fortschrittlichste Institutssatzung, die des "Otto-Suhr-Instituts" in Berlin (OSI), vom SDS als "unseliger Kompromiß" bezeichnet. Treffender als in dem bekannten Slogan "Der lange Marsch der OSIisten in den Arsch der Spätkapitalisten" könnte die ablehnende Haltung gegenüber jedweder Reform wohl kaum ausgedrückt werden.

Es trifft sich hier die "Revolution" mit der Reaktion. Diese Reaktion gegen die Reformvorstellungen dürfte sich heute wohl hauptsächlich bei einem Großteil der Professorenschaft (Marburger Manifest), in den Kultusministerien und in den Parlamenten finden. Motiv ist hier die Angst vor dem Ungewissen, dem Neuen, denn jede wirkliche Reform stellt ein Wagnis dar. Dazu kommt bei den Professoren das Festhalten an den eigenen Standesprivilegien.

Eine andere - weitaus ernster zu nehmende - Gruppe speist sich in ihrer Antipathie gegen eine wirkliche Reform jedoch aus einer ganz anderen Quelle, der rein technokratischen Effizienzüberlegung. Wer Universitäten nur nach dem Ausstoß an wissenschaftlich ausgebildeten Fachkräften mißt, kommt folgerichtig auch zur Ablehnung der angestrebten durchgreifenden Reformen. Eine Strecke des Weges geht er wohl gemeinsam mit den Reformern, und zwar bei der Abschaffung traditioneller, den output hemmender Relikte in der Universität. Gerade weil sie der Effizienz der Universität entgegenstehen, will er sie abbauen. Hier wird tatsächlich die Verwaltung modernisiert, auch werden Privilegien der Ordinarien beschnitten und manch alter Zopf abgeschnitten. Wer sich aber solche "Reformvorschläge" näher ansieht, wird feststellen, daß sie

genau dort aufhören, wo Reformen nach kurzfristigen Effektivitätsmaßstäben unrentabel werden (Holt-hoff-Entwurf). Und neben diesen Effizienzaposteln stehen in steigendem Maß bei einer Eskalation des revolutionären Gehabes der Linksextremen diejenigen, die deren Radikalismus zum Vorwand nehmen, um nun jede Reform abzulehnen, da diese lediglich ein "Zugeständnis" an die "Revoluzzer" sei.

Eine Reform steht also völlig verschiedenen Gegnern gegenüber, die Hand in Hand gegen sie vorgehen. Wie sehen in dieser Situation die Chancen für eine Reform aus?

Dies hängt weitgehend auch von der Studentenschaft selbst ab, wieweit sie es versteht, die Reform selbst verständlich und plausibel zu machen, sie abzugrenzen gegen Reaktion und Revolution. Wir müssen es verstehen klarzumachen, daß Effektivität in einem demokratischen Staat nicht verstanden werden kann als Optimierung von Fachwissen, sondern, daß Bildung eine eminent politische Funktion für die Gesellschaft hat, zugleich, daß die Entwicklung immer mehr fortführt vom reinen Fachwissen zu einem Methodenverständnis. Die Wissenschaft ist heute in einem derart schnellen Wandel begriffen, daß es nachgerade ineffektiv ist, heute Fachwissen aufzuspeichern, daß morgen bereits überholt ist. Die Entwicklung verlangt vielmehr eine gute methodologische Bildung, eine Klärung der Zusammenhänge und besonders der politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen und Auswirkungen. Dadurch alleine wird Wissenschaft auch in der Praxis verantwortlich anwendbar. So muß auch dem kurzfristigsten Politiker aufgehen, daß "Effektivität" der Bildung in einem demokratischen Staat gerade in einer freien und demokratischen Erfordernissen genügenden Universitätsbildung besteht.

Auf der anderen Seite muß sich die Studentenschaft auch nüchtern fragen, wohin der Weg der totalen Verweigerung, der Weg der Revolution führt. Sie muß sich fragen, ob ihr lediglich Utopien vorgegaukelt werden oder auch Realisierungschancen existieren. Sie muß kritisch prü-

fen, wie freiheitlich und demokratisch denn die "herrschaftsfreie Gesellschaft" sein kann, wenn nicht zuvor der Mensch völlig umgewandelt ist. Wie aber soll das geschehen? Das Wort "Erziehungsdiktatur" ist bereits gefallen!

Es geht hierbei nicht um die Verteidigung des Bestehenden, eines manchmal miserablen status quo, sondern um die Freiheitlichkeit der Gesellschaft, insbesondere der Universität als einem zentralen Punkt zur Fortentwicklung der Gesellschaft. Die Unzulänglichkeit fällt permanent ins Auge, deshalb gilt es den schwierigen Weg der durchgreifenden Reform zu finden und ihr zum Erfolg zu verhelfen.

PERVERTIERUNG

Mit Recht wird von den linken Studentengruppen - aber nicht nur von diesen - immer wieder auf die brutalen Knüppelinsätze der Polizei hingewiesen. Diejenigen, die sich auf ihre fundamental-demokratischen Grundsätze so viel zugute halten, sollten allerdings Terror nicht nur dann anprangern, wenn er von der Gegenseite ausgeübt wird.

Bei der Besetzung der TU Berlin während des Nixon-Besuchs wurde ein gemäßigter Studentenvertreter von einem Radikalen mit einem Stahlrohr zu Boden geschlagen. Als der linke Ex-ASTA-Vorsitzende Stahl gefragt wurde, warum man jetzt bereits die eigene Basis bekämpfe, antwortete Stahl kalt und zynisch: "Das ist genau die Basis, die vernichtet werden muß!"

KONTRAPUNKT-Information Nr. 1
Informationen der BSU (Bochumer
Studenten-Union)

Auflage: 3000

Redaktion: D. Maasch, A.v. Magnis, J. Reichling, G. Teschner
463 Bo.-Querenburg, Auf dem Aspei 46/48, Tel. 51 19 86

Eigendruck

Mit Namen gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

ORDNUNG, ORDNUNG ÜBER ALLES !

Im heraufziehenden Wahlkampf will die F.D.P. Zöpfe abschneiden. Ob sie damit auf das richtige Pferd gesetzt hat, muß abgewartet werden; vorerst scheint es so, daß man auch noch mit den verrotteten Zöpfen Wahlen gewinnen kann, wenn sie nur der bürgerlichen Wertskala von Sicherheit, Ruhe und Ordnung anzuhängen sind.

Eifrig wie sonst kaum setzten denn auch die CDU- und SPD-Ministerpräsidenten ganze Flechtkolonnen in Trab, um Deutschlands Universitäten noch vor den Wahlen zu befrieden. Den Vorreiter spielte wieder einmal die CSU - "Bayern Ordnungsfaktor des Bundes". Der CSU-Professor und Brigade-Reserve-General Freiherr von der Heydte konzipierte ein Gesetz, das sich in einem Satz zusammenfassen läßt: "Wer aufmuckt, wird relegiert!"

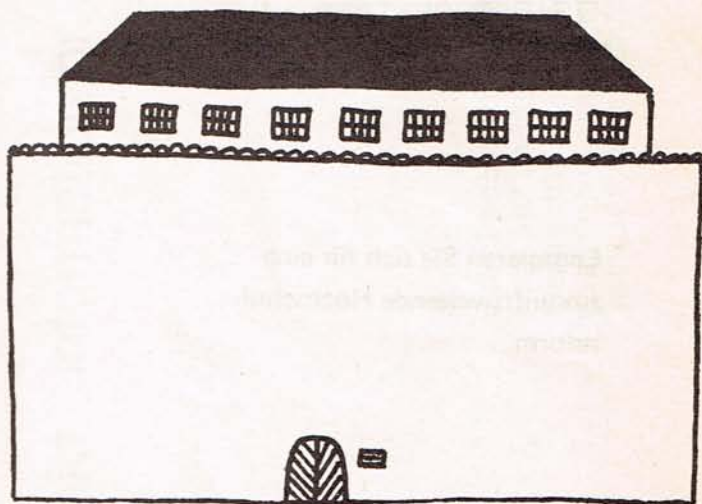
Diesen einzigen groben Klotz zu akzeptieren, wehrte sich bei einigen SPD-Ministerpräsidenten die sozialdemokratische Vergangenheit, und so einigte man sich in der Länderkommission auf eine differenzierte, wenn auch noch immer recht klotzige Dosierung von Einzelmaßnahmen. Daß man sich entschloß, dieses Gesamtmachwerk "Staatsvertrag über Grundsätze zur Reform der wissenschaftlichen Hochschulen und über die Vereinheitlichung des Ordnungsrechts der Hochschulen" zu titulieren, dürfte mit dreister Augenwischerei noch harmlos umschrieben sein, denn der Vertrag enthält eine Seite unausgegorene Banalitäten zur "Reform" und dann mehrere Seiten detailliertes Ordnungsrecht.

Die "Endlösung der Studentenfrage" ("akut") wird durch solcherart Disziplinierung der Studenten nicht erreicht werden. Das einzige Mittel zur Befriedung des Campus wären Reformen und zwar durchgreifende Reformen an der Universitätsstruktur und im Studien- und Prüfungswesen. Ein Ordnungsrecht mit solchen Giftzähnen dient nur dazu, Studenten, die sich gegen unhaltbare Zustände wehren, zum Schweigen zu bringen.

Ich interessiere mich für weitere
Schriften der BSU.

Laden Sie mich zu einer Ihrer
nächsten Veranstaltungen ein.

Ich möchte gerne Mitglied der BSU
werden.



Nach Einführung von Ordnungsrecht
und Vorbeugehaft - Gefängnisse als
Teilbereiche der Gesamthochschule



DRITTELPARITÄT
AUCH AUF
PARKPLÄTZEN !!

Absender:

.....
.....
.....

Abteilung:

.....

An die
BOCHUMER
STUDENTEN-UNION
463 Bo.-QUERENBURG
Auf dem Aspei 46/48

SICH ENTSCHEIDEN -

MIT ENTSCHEIDEN !

Engagieren Sie sich für eine
zukunftsweisende Hochschul-
reform.

WERDEN SIE BSU - MITGLIED

ALTE MÄRCHEN - SCHLECHT ERZÄHLT

Ursprünglich war an dieser Stelle ein Kommentar zur Presseerklärung der Präsidenten von Westdeutscher Rektorenkonferenz, Deutscher Forschungsgemeinschaft und Max-Planck-Gesellschaft vorgesehen.

Wogegen jedoch diese Herren in den düstersten Tönen Alarm schlagen, ist nicht nur von der Zeit völlig überholt. Ihre Erklärung ist so dürftig, daß sie keines Kommentars würdig ist.

Es gibt nur eine Möglichkeit, daß die Herren von der WRK, DFG und MPG vernünftiger Erklärungen loslassen:

Studentische Beteiligung in WRK,
DFG und MPG !